



Deutsche aus Russland.

Wer sie sind. Woher sie kommen. Was sie mitbringen.

Impressum

Herausgeber

Der Integrationsbeauftragte
der Landesregierung Nordrhein-Westfalen
Thomas Kufen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Redaktion

Marina Gräfin zu Dohna-Schlodien, Geschäftsführerin
des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und
Spätaussiedlerfragen beim Ministerium für
Generationen, Familie, Frauen und Integration des
Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Alfred Eisfeld, wissenschaftlicher Berater, Göttingen
Bezirksregierung Arnsberg – Kompetenzzentrum für Integration

Gestaltung

VISIO Kommunikation, Bielefeld

Fotos

Dr. Alfred Eisfeld, Göttingen (S. 10), Andreas Köhring,
Mülheim a.d. Ruhr (S. 2), Landsmannschaft der
Deutschen aus Russland e.V. (S. 5 • 7 • 10),
Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte, Detmold (S. 8 • 9 • 11),
Volker Zierhut, Essen (Titel • S. 14 • 20),
Dipl.-Ing. Joachim R.H. Zwick, Ingenieurbüro für Kartographie,
Gießen (S. 6 • 21/22)

Druck

Druckerei Bösmann GmbH, Detmold

Inhalt

Vorwort des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen	3
Die Geschichte der Deutschen aus Russland	4
Fragen und Antworten zum Thema Spätaussiedler	13
Kontaktadressen	21

Vorwort des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen



Liebe Leserinnen und Leser,

seit 1990 sind etwa 2,5 Millionen Russlanddeutsche und deren Angehörige aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Allein zu uns nach Nordrhein-Westfalen kamen davon ca. 500.000. Sie sind seither ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft geworden.

Sie sind Deutsche. Warum sind sie überhaupt ausgewandert? Und warum sind sie nach Deutschland zurückgekommen? Die Deutschen aus Russland sind eine geschundene Volksgruppe. Ihre Geschichte und ihr Schicksal, insbesondere in und nach dem Zweiten Weltkrieg, ist eine Geschichte über Generalverdacht, Repression, Berufsverbot, Vertreibung, Zwangsarbeit, Misshandlung, Leid und Tod. All das nur, weil sie Deutsche sind. Das verdeutlicht die besondere Verantwortung die Deutschland gegenüber dieser Volksgruppe hat.

Die Russlanddeutschen sind heute ein wichtiger und aktiver Teil unserer Gesellschaft geworden, sie haben sich mehrheitlich gut in unsere Gesellschaft integriert. Dennoch sind sie vielen immer noch fremd und ihre Geschichte unbekannt geblieben. Wer sind die Deutschen aus Russland, was haben sie erlebt, warum sprechen manche kaum Deutsch? Welche Hilfen erhalten sie bei ihrer Ankunft in Deutschland, was haben wir davon, dass sie zu uns kommen? Auf diese und viele andere Fragen gibt die vorliegende Broschüre Antworten.

Ich bin davon überzeugt, dass wir einander besser verstehen und akzeptieren können, wenn wir mehr voneinander wissen. Es würde mich freuen, wenn auf diesem Wege dazu beigetragen wird, Verständnis zu schaffen, Vorurteile abzubauen und das vermeintlich Fremde vertrauter zu machen.

Sie werden verstehen, dass es sich nicht um die Geschichte Fremder handelt, sondern ein Teil der deutschen Geschichte ist. Die Geschichte der Russlanddeutschen ist unsere Geschichte. Aus diesem Grund haben wir ihnen gegenüber eine Verantwortung.

Ihr



Thomas Kufen
Integrationsbeauftragter der Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Die Geschichte der Deutschen aus Russland

Seit vielen Jahren leben Deutsche in Russland. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann die organisierte Ansiedlung von Deutschen im Russischen Reich durch die Zarin Katharina II., einer deutschen Prinzessin. Schon immer hatte das Zarenreich einen großen Bedarf an Fachkräften aus anderen Ländern, um sie in der Wirtschaft und Armee einzusetzen. Diese Situation führte dazu, dass sich in der Vergangenheit zahlreiche Deutsche in Russland ansiedelten.

Erste Einwanderung

22.7.1763 Katharina II. lädt in einem Manifest Ausländer zur Ansiedlung in Russland ein, um die wirtschaftliche Entwicklung und Kultivierung des Landes voranzutreiben.

Den Siedlern werden Privilegien (wie zum Beispiel Landzuteilung, Religionsfreiheit, Befreiung vom Militärdienst) garantiert.

Katharina die Große (1729–1796) war ab dem 9. Juli 1762 Zarin des Russischen Reiches.
(bpk/Alfredo Dagli Orti)



1764–1773 Massenansiedlung im Wolgagebiet in der Nähe der Stadt Saratow: Gründung von 104 deutschen Kolonien. Bis 1767 wandern 8.000 Familien/27.000 Personen, vorwiegend aus deutschen Fürstentümern, in diese Region ein.

Zweite Einwanderung

20.2.1804 Zar Alexander I. bestätigt die Regeln für die Aufnahme der ausländischen Kolonisten zur Ansiedlung im Schwarzmeergebiet.

Bauernhof in Straßburg bei Odessa.



- 1816–1861** Einwanderung von Württembergern, Badenern, Pfälzern, Schweizern, Elsässern, Rheinländern und Westpreußen in das Schwarzmeergebiet, auf die Krim, nach Transkaukasien und nach Bessarabien.
- 1863** Beginn der Einwanderung von Deutschen aus den polnischen Gouvernements Russlands nach Wolhynien und Podolien (ukrainische Gebiete westlich von Kiew).
- 1853–1856** Krimkrieg: Deutsche Kolonisten leisten Russland im Krieg gegen das Osmanische Reich materielle Hilfe in Form von Versorgung der Verwundeten oder Fuhrwerken für den Transport. Die Russlanddeutschen werden in dieser Zeit als loyale Untertanen des Zaren geschätzt. Sie leisten einen erheblichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Russlands.

Deutsche Auswanderung nach Russland im 18. und 19. Jahrhundert
(Quelle: Ingenieurbüro für Kartographie J. Zwick, Gießen)



Die Wende

4.6.1871 Nach der Niederlage Russlands im Krimkrieg wurden Reformen in der Verwaltung, im Rechtswesen und in der Landesverteidigung eingeleitet. 1871 wurde die Sonderverwaltung (Fürsorgekomitee und Fürsorgekontore für ausländische Ansiedler) aufgehoben.

1874–1883 Einführung der Wehrpflicht für die Russlanddeutschen und der Dienstpflicht für die Mennoniten. Tausende deutscher Mennoniten wandern aus Russland nach Kanada und in die USA aus.

Die Deutschen mussten ab 1874 den Wehrdienst leisten. Wilhelm Kinas war 1905 im russisch-japanischen Krieg im Einsatz. Neben ihm auf dem Bild steht seine Frau.



1887/88 Wolgadeutsche emigrieren nach Südamerika, wo sie vor allem in Argentinien zahlreiche Kolonien gründen.

1887 Das Manifest des Zaren Alexanders III. „Russland muss den Russen gehören“ bewirkt eine Verdrängung von Ausländern aus dem öffentlichen Leben und verstärkte „Russifizierung“ des Bildungswesens und der Verwaltung.

1891 Die russische Sprache wird Pflichtfach an deutschen Schulen im Zarenreich.

1897 Eine Volkszählung ergibt, dass 390.000 Deutsche an der Wolga, 342.000 im Süden Russlands, 237.000 im Westen Russlands und 18.000 in Moskau leben.

1901–1911 Rund 105.000 Russlanddeutsche emigrieren nach Amerika.

Der Erste Weltkrieg

- 1.8.1914** Beginn des Ersten Weltkrieges: Das Deutsche Reich wird zum Feind Russlands. Etwa 1,7 Millionen Deutsche leben im russischen Reich, 300.000 Deutsche dienen in der zaristischen Armee.

Forstdienst als Ersatzdienst für die Wehrdienstverweigerer.



- 1915** Liquidationsgesetze: Die in einem Streifen bis 150 Kilometer zur Grenze lebenden Deutschen werden enteignet und nach Sibirien deportiert. Insbesondere sind 200.000 Wolhynien-Deutsche davon betroffen. Bis 1917 werden die Liquidationsgesetze auf das gesamte Territorium des Russischen Reiches ausgedehnt.

Friedrich Tittel bei der Waldarbeit im Arbeitslager. Er wurde 1941 nach Sibirien deportiert und arbeitete von 1942 bis 1956 im Arbeitslager.



- 7.11.1917** Bolschewistische Oktoberrevolution.
- 3.3.1918** Der Frieden von Brest-Litowsk beendet den Krieg zwischen Deutschland und Russland.

Zwischen den Weltkriegen

- 6.1.1924** Gründung der Autonomen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen (ASSR), in der es eine deutsche Infrastruktur mit eigenem Schulwesen, Theater, einem Verlag sowie Zeitungen gab.

1928–1932 Zwangskollektivierung in der UdSSR und Deportation der enteigneten Bauern in den hohen Norden und nach Sibirien (die sogenannte „Entkulakisierung“).

1937 Schließung der letzten deutschen Kirchen.

1937/38 Höhepunkt des stalinistischen Terrors: Im Schnellverfahren werden wahllos angebliche Volksfeinde, Spione, Geistliche und Bauern, darunter auch viele Deutsche, von den sogenannten Troikas abgeurteilt und anschließend erschossen oder in Zwangsarbeitslager deportiert. So wurden beispielsweise im Zuge dieser Kampagne im Gebiet Donezk 4.265 Deutsche verhaftet und 3.608 davon erschossen.

Gipsplastik von Jakob Wedel: Die Verurteilung durch die Troika, 1992.



Der Zweite Weltkrieg

23.8.1939 Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt lässt die Russlanddeutschen für eine kurze Zeit auf eine Verbesserung ihrer Lage hoffen.

1.9.1939 Beginn des Zweiten Weltkrieges.

22.6.1941 Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges.

28.8.1941 Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets über die Aussiedlung der Deutschen aus der Wolgarepublik. Die deutsche Bevölkerung wird pauschal der Kollaboration mit Deutschland und der Vorbereitung von Anschlägen beschuldigt und deshalb nach Sibirien und in die asiatischen Sowjetrepubliken deportiert. In den Verbannungsgebieten werden die Deportierten in sogenannte Sondersiedlungen unter Kommandanturaufsicht untergebracht, die sie bei Androhung schwerer Strafen nicht verlassen dürfen. Knapp eine Million Russlanddeutsche sind vom Schicksal der Deportation und den anschließenden Zwangsmaßnahmen betroffen.

Deportationserlass von 1941. Die Russlanddeutschen wurden der aktiven Unterstützung der deutschen Truppen beschuldigt. Um ein Blutvergießen zu vermeiden, wurden sie nach Sibirien und Kasachstan umgesiedelt.



- 1941–1947** Alle für die körperliche Arbeit tauglichen deutschen Männer im Alter zwischen 15 und 55 Jahren (Frauen: 16 und 45 Jahren) werden in die Arbeitskolonnen des GULAG für die gesamte Dauer des Krieges mobilisiert. Dort müssen sie körperliche Schwerstarbeit beim Bau von Industrieanlagen, Bahnlinien, Straßen, Kanälen sowie im Bergbau leisten. Von ca. 340.000 bis 360.000 in die Arbeitsarmee einberufenen Deutschen kommen rund 70.000 ums Leben.

Treck von 1943/44 zum Wartheland.



- 1943/44** Mit dem Rückzug der deutschen Wehrmacht aus der Ukraine nach der Niederlage von Stalingrad werden ca. 350.000 Deutsche in den Warthegau (heutiges Polen) umgesiedelt und dort eingebürgert.
- 8.5.1945** Ende des Zweiten Weltkrieges. Aus dem Warthegau, der sowjetischen Besatzungszone und teilweise aus den westlichen Besatzungszonen wurden über 210.000 Russlanddeutsche in die Sowjetunion „repatriiert“ und im europäischen Norden, in Kasachstan, Mittelasien und Sibirien in die Sondersiedlung eingewiesen. Sie teilten bis 1956 das Schicksal der 1941 aus der Wolgaregion, von der Krim und aus dem Kaukasus deportierten Deutschen.

Von der Nachkriegszeit in die Gegenwart

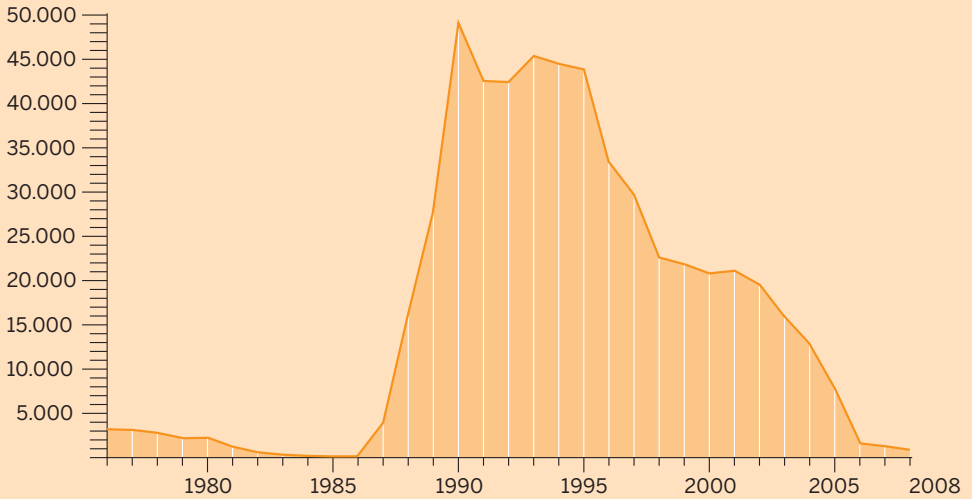
- Oktober 1946** In den Sondersiedlungen des sowjetischen Innenministeriums werden auch nach Kriegsende ca. 2,5 Millionen Menschen festgehalten, darunter befinden sich viele Deutsche.
- 26.11.1948** Die Verbannung aus den ehemaligen Siedlungsgebieten wird für ewige Zeiten festgeschrieben. Das unerlaubte Verlassen der Sondersiedlungen wurde mit bis zu 20 Jahren Zwangsarbeit geahndet.
- 13.12.1955** Aufgrund des Besuches von Bundeskanzler Adenauer in Moskau (September 1955) wird mit einem Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets das Regime der Sondersiedlungen aufgehoben. Ihre Insassen dürfen ab Januar 1956 die Orte ihres Gewahrsams verlassen, allerdings ist ihnen die Rückkehr in ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete weiterhin verwehrt. Eine Entschädigung für das 1941 beschlagnahmte Eigentum erhalten sie nicht.
- 29.8.1964** Erlass des Obersten Sowjets der UdSSR über die Teilrehabilitierung der Russlanddeutschen.
- Nach 1964** Nach Bekanntwerden des Erlasses über die Teilrehabilitierung vom 29.8.1964 bildete sich eine Bewegung für die Wiederherstellung der Autonomie der Wolgadeutschen. Gleichzeitig wurde von „Repatriierten“ vermehrt der Wunsch nach Ausreise zu Angehörigen in Deutschland vorgetragen (Familienzusammenführung).
- Ab 1987** Das neue sowjetische Gesetz über die Ausreise ermöglicht jedem Sowjetbürger die ungehinderte Ausreise aus der UdSSR. Der Zustrom von Aussiedlern aus der UdSSR in die Bundesrepublik wächst kontinuierlich. Laut der Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen sind mehr als 520.000 Russlanddeutsche seitdem nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Insgesamt kommen rund 2,2 Millionen Menschen in die Bundesrepublik.



Von Russlanddeutschen 1986 gegründet: der Christliche Schulverein Lippe e.V. und der Christliche Schulförderverein Lippe e.V.

Zahl der registrierten (Spät-)Aussiedler

einschließlich der ausländischen Flüchtlinge in der Landesstelle
Unna-Massen und im ehemaligen Hauptdurchgangslager Siegen



Im historischen Verlauf wird deutlich, dass die Zahl der Aussiedler nach Nordrhein-Westfalen bis 1990 kontinuierlich anstieg (bis auf 49.077) und in den folgenden Jahren stetig abnahm – im Zeitraum Januar bis August 2009 waren es lediglich 474 Spätaussiedler.

Quelle: Bezirksregierung Arnsberg – Kompetenzzentrum für Integration

Fragen und Antworten zum Thema Spätaussiedler

Ein historischer Überblick allein ist nicht ausreichend, um die Situation der Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion und ihre Lage in Deutschland verstehen zu können. Vielmehr müssen Fragen rund um ihre Herkunft, Stellung oder ihre Bedeutung für Deutschland beantwortet werden – nur so kann Integration erfolgreich sein.

Wer sind die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion?

Die Aussiedler, nach 1993 Hinzugezogene werden Spätaussiedler genannt, aus der ehemaligen Sowjetunion („Russlanddeutsche“) sind überwiegend Nachkommen der im 18. und im 19. Jahrhundert nach Russland eingewanderten deutschen Siedler aus den damaligen hessischen Fürstentümern, der Pfalz, Württemberg, Baden, Bayern, Lothringen und dem Elsass. Sie siedelten sich insbesondere an der Wolga und im Schwarzmeergebiet an. Diese Bevölkerungsgruppe wurde während des Zweiten Weltkrieges nach Sibirien und Mittelasien deportiert. Die Hauptherkunftsgebiete der heutigen Russlanddeutschen sind die Russische Föderation und Kasachstan.

In Bezug auf ihre religiöse Herkunft stellt sich folgendes Bild dar: Etwa 60 % der Russlanddeutschen entstammen evangelisch-lutherischen, 20 bis 25 % katholischen, 15 bis 20 % mennonitischen und baptistischen Familien.



Warum nimmt Deutschland auch heute noch Spätaussiedler im Bundesgebiet auf?

Weil die Russlanddeutschen als geschlossene deutsche Volksgruppe in Osteuropa unter den Folgen von Hitlers Angriffskrieg leiden mussten, werden auch heute noch Spätaussiedler in Deutschland aufgenommen. Durch die Deportation aus den deutschen Siedlungsgebieten der Vorkriegszeit wurden die territorialen Strukturen sowie das soziale Umfeld vollständig zerschlagen. Die Verschleppten wurden in Sondersiedlungen festgehalten und mussten außerdem unter schwierigsten Bedingungen Zwangsarbeit

leisten. Insgesamt gesehen sind während der stalinistischen Zwangsmaßnahmen gegenüber der russlanddeutschen Bevölkerung hunderttausende Menschen ums Leben gekommen. Auch nach Beendigung der Zwangsmaßnahmen wurde die Benachteiligung der Deutschen in der UdSSR in vielen Bereichen fortgesetzt. So gab es z. B. keine Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, und nur an wenigen Hochschulen gab es Quoten für deutsche Abiturienten. Das allgemeine Bildungsniveau und der Anteil an Hochschulabsolventen sind dadurch stark gesunken. Des Weiteren wurde das religiöse Leben – Gründung von Gemeinden, Bau von Kirchen, karitative Aktivitäten – bis Ende der 80er-Jahre behindert.

Die Jahre des Gewahrsams, das Verbot der Rückkehr in die ehemaligen Siedlungsgebiete sowie die jahrzehntelange Diskriminierung der Deutschen in der Sowjetunion wirken noch bis in die Gegenwart fort. Durch die Aufnahme in Deutschland sollen diese Spätfolgen des Zweiten Weltkrieges ausgeglichen werden.

Welche rechtliche Stellung haben Spätaussiedler nach ihrer Aufnahme in Deutschland?

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges werden Vertriebene, Aussiedler und auch Spätaussiedler auf der Grundlage von Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes in Deutschland aufgenommen. Sie haben somit den Status von Deutschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Mit der endgültigen Feststellung des Spätaussiedlerstatus durch die Außenstelle Friedland des Bundesverwaltungsamtes und Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung gem. § 15 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) erwerben Spätaussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit. Eine Einbürgerung, wie sie bis zum Jahre 2000 noch erforderlich war, ist somit nicht mehr notwendig. Dasselbe gilt für die Ehegatten und Abkömmlinge von Spätaussiedlern, die zuvor vertriebenenrechtlich in den Aufnahmebescheid von Spätaussiedlern einbezogen waren.

Wie wird festgestellt, ob jemand Spätaussiedler ist?

Um als Spätaussiedler anerkannt zu werden, wird zunächst vom Bundesverwaltungsamt festgestellt, ob der Antragsteller deutscher Volkszugehöriger im Rechtssinne ist. Hierzu wird in einem vom Herkunftsland aus zu betreibenden Antragsverfahren geprüft, ob die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind: Abstammung von mindestens einem deutschen Elternteil, durchgängiges Bekenntnis zum deutschen Volkstum (Nationalitätseintrag „Deutscher“ im Inlandspass), einfache deutsche Sprachkenntnisse, die in der Kindheit und Jugend innerfamiliär vermittelt worden sind.

Die deutschen Sprachkenntnisse des Spätaussiedlers müssen noch vor der Einreise durch einen Sprachtest bei einer deutschen Auslandsvertretung nachgewiesen werden (Aufnahmeverfahren nach dem Bundesvertriebenengesetz).

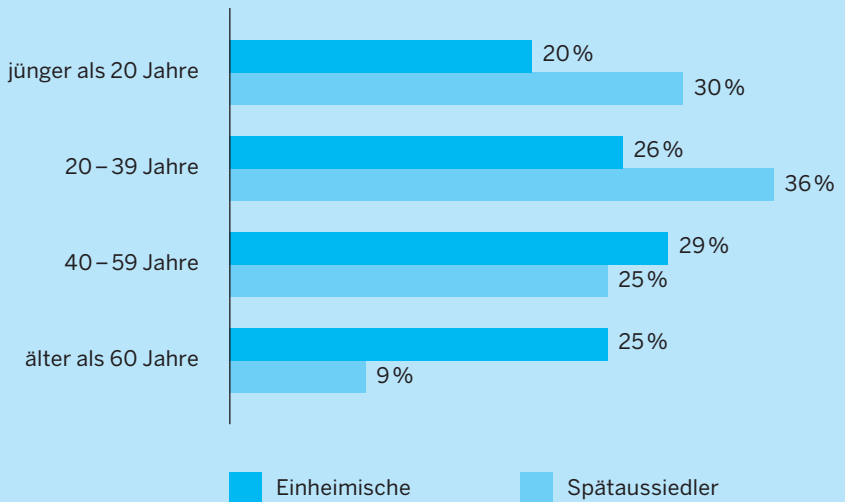
Seit dem 1.1.2005 müssen auch Ehegatten und Abkömmlinge, die gemeinsam mit dem Spätaussiedler in Deutschland einreisen wollen, über Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Diese sind in einem Test nachzuweisen.

Welche Sprachkenntnisse werden mitgebracht?

1938 wurde der Unterricht in den Schulen der nationalen Minderheiten außerhalb der ASSR der Wolgadeutschen auf die russische bzw. ukrainische Sprache umgestellt. Im September 1941 wurde die Wolgarepublik aufgelöst. Seitdem gab es in der UdSSR keine Schulen mehr, in denen in deutscher Sprache unterrichtet wurde. Während des Regimes der Sondersiedlung (1941–1956) war ein Großteil der deutschen Kinder durch die Unterbringung in entlegenen Orten auch am Besuch der allgemeinbildenden Schulen gehindert. Dadurch sind die Deutschkenntnisse und das Bildungsniveau stark gesunken. Die neuen Ansiedlungsorte durften unter Androhung von 20 Jahren Haft nicht verlassen werden.

Bei Befragungen hat 1926 eine überwiegende Mehrheit von 95% aller, die „Deutsch“ als Volkszugehörigkeit angaben, auch Deutsch als ihre Muttersprache genannt. 1959 lag dieser Anteil bei 75% und sank sukzessiv auf 48,7% im Jahr 1989. Viele von denen, die Deutsch als Muttersprache angegeben hatten, verfügten durch die angesprochenen Bedingungen nur noch über rudimentäre Sprachkenntnisse (sog. „Küchendeutsch“).

Altersstrukturvergleich zwischen der einheimischen deutschen Bevölkerung und Spätaussiedlern
Vergleichszeitraum: Kalenderjahr 2005



Eine Bereicherung stellen die russlanddeutschen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler auch wegen ihrer günstigen Altersstruktur dar. So waren im Jahr 2005 66% aller Russlanddeutschen jünger als 39 Jahre. Bei den Deutschen betrug dieser Anteil lediglich 46%. Älter als 60 Jahre waren insgesamt 25% der Deutschen, jedoch nur 9% der Russlanddeutschen.

Quelle: Bundesverwaltungsamt, Köln

Welche finanzielle Unterstützung erhalten Spätaussiedler vom Staat?

Für die Kosten der Einreise erhalten Spätaussiedler einen einmaligen pauschalen Betrag in Höhe von 102 €. Beim Eintreffen im Grenzdurchgangslager Friedland in Niedersachsen bekommen sie einmalig ein Betreuungsgeld in Höhe von 11 €. Bei Bedürftigkeit können Sachleistungen im Wert von einmalig 40,00 € vom Verein Friedlandhilfe e.V. dazu kommen.

Spätaussiedler, die vor dem 1.4.1956 geboren und wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit in Gewahrsam waren oder vertrieben wurden, erhalten eine einmalige Entschädigung in Höhe von 2.046 €. Personen, die vor dem 1.1.1946 geboren wurden, erhalten 3.068 €.

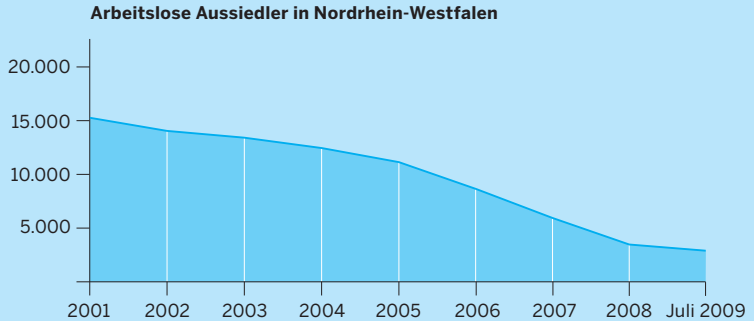
Spätaussiedler erhalten bei Eintritt in das Rentenalter eine Rente nach dem Fremdrentengesetz. Die Höhe der Rentenbezüge wird so berechnet, als ob während des Erwerbslebens Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt worden wären. Die Rentenzahlungen betragen bei Spätaussiedlern, die nach dem 1.10.1996 in die Bundesrepublik eingereist sind, maximal 60 % der Rente von Einheimischen, die eine vergleichbare berufliche Biographie haben.

Wie sind die Chancen der Spätaussiedler auf dem deutschen Arbeitsmarkt?

Spätaussiedler können häufig aufgrund unzureichender Deutschkenntnisse und von Berufen, die in Deutschland nicht mehr gefragt sind, schwer eine Beschäftigung finden. Mit dem Wegfall der bevorzugten Förderung bei der beruflichen Eingliederung und der Kürzung der Dauer von Sprachkursen 1994 haben sich die Chancen auf Beschäftigung erheblich verschlechtert. Zudem sind Spätaussiedler auch von Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie durch die Verteilung in strukturschwache Gebiete und Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote betroffen. Spätaussiedler weisen eine hohe soziale Mobilität auf, d. h. sie zeigen Bereitschaft, Beschäftigungen aufzunehmen, die

z. T. weit unter ihrer beruflichen Qualifikation und der Position im Herkunftsland liegen.

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg (2003) liegt die Arbeitslosenquote bei Spätaussiedlern unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland.



Seit 2001 ist die Arbeitslosenzahl der Aussiedler kontinuierlich gesunken. Sie ist von 15.268 auf 2.654 arbeitslose Aussiedler zurückgegangen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

Werden Spätaussiedler erfolgreich in unsere Gesellschaft integriert?

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass sich Spätaussiedler gut integriert haben und ein fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft geworden sind. Auch Mutmaßungen über hohe Kriminalität von Spätaussiedlern können verworfen werden – diverse wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die Kriminalität bei Spätaussiedlern nicht höher ist als der Durchschnitt der Kriminalitätsrate bei der deutschen Bevölkerung. Aus den Erfahrungen ist bekannt, dass die Integration durch Sprachkurse für alle Altersgruppen, Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, das Mitwirken in kirchlichen Gemeinden, Sportvereinen und anderen Verbänden wesentlich verkürzt und stabilisiert werden kann.

Erbringen Spätaussiedler besondere Leistungen für die Gesellschaft?

Spätaussiedler bringen ein hohes Maß an sozialer Kompetenz, insbesondere im Zusammenleben mit Menschen anderer Sprache, Kultur und Religion mit, sowie die Bereitschaft eines Engagements bei Wirtschaftsunternehmen mit osteuropäischen Tätigkeitsfeldern. Viele von ihnen sind bereits im Herkunftsland ausgebildete Fachkräfte und sind somit ein wertvolles Potential für die hiesige Wirtschaft.

Spätaussiedler bei der Ankunft in der Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen, 2007.



Die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit von Russlanddeutschen im Sport wurde bei Olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften (wie zum Beispiel im Frauenfußball oder in diversen Kampfsportarten) mit zahlreichen Medaillen belohnt.

Spätaussiedler sind durchschnittlich jünger als die deutsche Wohnbevölkerung. Dadurch leisten sie langfristig einen positiven Beitrag zur demographischen Entwicklung. Aufgrund der günstigen Altersstruktur zahlen sie mehr in die sozialen Sicherungssysteme ein, als sie diesen entnehmen.

Kontaktadressen

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 8618-50
Telefax 0211 86185-4444
info@mgffi.nrw.de

Integrationsbeauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Thomas Kufen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 8618-3336
Telefax 0211 86185-3336
thomas.kufen@mgffi.nrw.de
www.integrationsbeauftragter.nrw.de

Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen beim Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

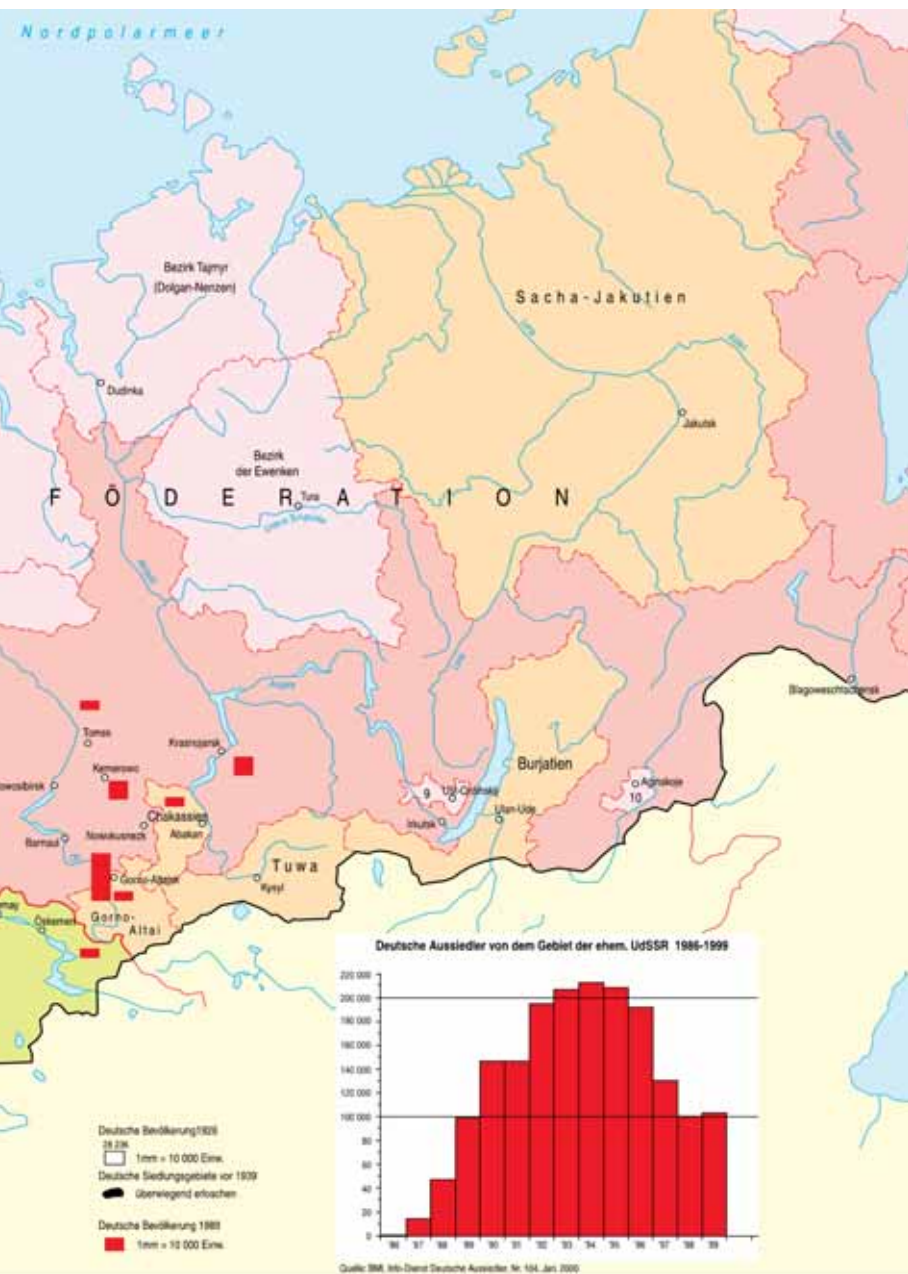
Geschäftsführerin
Marina Gräfin zu Dohna-Schlodien
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 8618-3484
Telefax 0211 86185-3484
oder 0211 8618-3045
marina.dohna@mgffi.nrw.de

Bezirksregierung Arnsberg Dezernat 36

Kompetenzzentrum für Integration
Schloßstraße 14
59821 Arnsberg
Telefon 02931 82-2903
Telefax 02931 82-2909

Ehemalige und heutige Siedlungsgebiete der Deutschen im Bereich der ehemaligen UdSSR





Landesbeirat für Vertriebenen-,
Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 8618-3484
marina.dohna@mgffi.nrw.de

